Impfmuffel im Team müssen Sie kennen!

HOTLINE – 0 93 1 / 2 99 85 94

Helmut Walbert
Allgemeinarzt,
Medizinjournalist
und Betriebswirt
Medizin

Infektionsschutzgesetz beinhaltet Auskunftspflicht

Ihre Fragen zur Abrechnung und zur wirtschaftlichen Praxisführung beantwortet unser Experte Helmut Walbert, Würzburg.

Telefon:
0 93 1 / 2 99 85 94

Jeden Dienstag,
13 bis 15 Uhr

E-Mail:
w@lbert.info

Sie selbst sagt Nein zur Impfung.

Dr. F. Z., Allgemeinarzt, Nordrhein: Ich bin ärztlicher Leiter eines größeren Medizinischen Versorgungszentrums (MVZ) mit über 20 Angestellten. Ich mache mir Sorgen darüber, dass ich nicht weiß, wer von den Mitarbeitern nicht gegen COVID-19 geimpft ist. Die Tätigkeit der medizinischen Fachangestellten gilt als körpernah. Ich trage Fürsorge für das gesamte Team – und letztendlich auch für die Patienten, die wir versorgen, also ca. 200 Personen pro Tag. Habe ich als Arbeitgeber das Recht auf eine korrekte Auskunft?

MMW-Experte Walbert: Meines Erachtens sehr wohl! Sie können sonst Ihre Pflichten aus dem Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen (IfSG) überhaupt nicht nachkommen. Wenn Sie dort in den § 23 schauen, dann sehen Sie, dass Gesundheitseinrichtungen zur Verhütung nosokomialer Infektionen deutlich mehr tun müssen als andere Arbeitgeber. Im Abs. 3 sind auch Arztpraxen explizit aufgezählt. Das ist nur logisch, da in Gesundheitseinrichtungen das Infektionsrisiko naturgemäß höher ist als in Büroräumen oder auf dem Bau.

Speziell um die personenbezogenen Daten über den Impf- und Serostatus von Beschäftigten geht es dann im folgenden § 23a. Dort heißt es: Wenn es zur Verhütung nosokomialer Infektionen notwendig ist, „darf der Arbeitgeber personenbezogene Daten eines Beschäftigten über dessen Impf- und Serostatus verarbeiten, um über die Begründung eines Beschäftigungsverhältnisses oder über die Art und Weise einer Beschäftigung zu entscheiden.“ Dies gilt zwar nicht für Infektionskrankheiten, die im Rahmen einer leitliniengerechten Behandlung nicht übertragen werden können – aber das ist im Falle von SARS-CoV-2 ja absolut vorstellbar. Weiter heißt

es noch: „Im Übrigen gelten die Bestimmungen des allgemeinen Datenschutzrechts.“

Somit ist klar, dass die aktuell tobende politische Diskussion, ob Arbeitgeber Auskunft über den Impfstatus der Mitarbeiter begehren dürfen, unsere Arztpraxen eigentlich nicht betrifft. Zuletzt hatte der Bundestag eine Auskunftspflicht für bestimmte Arbeitnehmer etwa in Kitas, Schulen und Pflegeheimen beschlossen – allerdings nur für die Dauer der epidemischen Lage von nationaler Tragweite.

Hier steht eine Anzeige.

Springer